

Stürzt die Richterin über ihre Zeugenrolle?

Mißbrauchsprozeß: Verteidigung stellt Ablehnungsantrag

Von unserem Redaktionsmitglied
REINHARD BREIDENBACH

MAINZ — Im Kindesmißbrauchsprozeß „Worms zwei“ gegen 13 Angeklagte betreibt die Verteidigung den Ausschluß der beisitzenden Richterin Gabi Follmann vom Verfahren. Die Kölner Rechtsanwältin Gabriele Jansen begründete den Ablehnungsantrag so:

Laut Strafprozeßordnung sei Frau Follmann von der Ausübung des Richteramts im Prozeß „Worms zwei“ auszuschließen, weil sie im Parallelverfahren „Worms eins“ als Zeugin ausgesagt habe. In der Tat war die Richterin Follmann zweimal bei „Worms eins“ (sechs Angeklagte) als Zeugin vernommen worden. Sie hatte dort in nicht-öffentlicher Sitzung über die Vernehmung kindlicher Zeugen berichtet, die in „Worms zwei“ stattgefunden hatte. Den Angeklagten aus „Worms eins“ und „Worms zwei“ wird Mittäterschaft bei der Schändung eigener Kinder, Nichten und Neffen zur Last gelegt.

Verteidigerin Jansen argumentiert: Wenn jemand in dem einen Verfahren Zeuge sei, könne er nicht in dem anderen Verfahren, bei dem es im Kern um dieselbe Sache gehe, als Richter mitentscheiden.

Das Gericht wird bis Montag über den Antrag befinden. Sollte dem Verteidiger-Begehren entsprochen werden, müßte die Richterin Follmann aus dem Verfahren ausscheiden; der Prozeß würde dennoch nicht platzen, da ein Ergänzungsrichter bereit steht.

Das juristische Tauziehen zeigt einmal mehr die Kompliziertheit der Wormser Fälle. Neben „eins“ und „zwei“ läuft vor dem Mainzer Landgericht noch ein dritter Prozeß gegen fünf Angeklagte — darunter der Wirt der Gaststätte, in der sich laut Staatsanwaltschaft Beschuldigte aus allen drei Verfahren trafen und Kinder zur Herstellung von Pornofilmen mißbrauchten.

Geständnisse gibt es bislang nicht. Betroffen sind insgesamt 16 Kinder, im mutmaßlichen Tatzeitraum 1993 zwischen sechs Monaten und acht Jahren alt. Mehrere Kinder haben Erwachsene vor dem Prozeß und teilweise auch als Zeugen in der Hauptverhandlung belastet. Außerdem stützt sich die Anklage auf medizinische Gutachter. Die äußerten sich bislang zu acht Kindern: Bei fünf bestehe kein vernünftiger Zweifel, daß Mißbrauch stattfand. Eine Verurteilung setzt bei jedem der insgesamt 24 Angeklagten, darunter elf Frauen, jedoch voraus, daß ihnen eigene Tatbeiträge zweifelsfrei nachgewiesen werden.

Im Prozeß „Worms eins“ waren mehrere der mutmaßlichen Opfer im Angesicht einer Vielzahl von Prozeßbeteiligten außerstande auszusagen; die Kinder reagierten apathisch oder weinten. Daraufhin entschloß sich das Gericht für die Verfahren „zwei“ und „drei“ zur Videomethode, die bis dahin in Deutschland noch nie praktiziert worden war: Das Kind wird in einem separaten Raum vom Vorsitzenden Richter befragt, nur eine Betreuungsperson darf dabei sein. Die Vernehmung wird zeitgleich per Video in den Hauptverhandlungssaal übertragen. Dort sitzen die übrigen Prozeßbeteiligten, auch die Angeklagten.

Bei herkömmlichen Kindervernehmungen im Hauptverhandlungssaal sind Angeklagte außen vor. So war es auch bei „Worms eins“. In jedem Fall werden bei Kindervernehmungen Öffentlichkeit und Presse ausgeschlossen. Seit Mai sind nun acht Kinder vor der Videokamera befragt worden, einige mehrfach.

Die prozeßentscheidende Frage lautet jetzt: Wie glaubwürdig sind die Kinder in jedem Einzelfall, wenn sie bestimmte Angeklagte beschuldigen? Die Verteidigung argumentiert, den Kindern sei vieles suggeriert worden — insbesondere von einer Mitarbeiterin der Schutzorganisation „Wildwasser“.

Im Prozeß „Worms eins“ werden psychologische Gutachter zur Glaubwürdigkeit demnächst Stellung nehmen. In diesem Verfahren erscheint ein Urteil gegen Jahresende realistisch. Bei „Worms zwei“ und „Worms drei“ ist ein Ende noch nicht absehbar.



Follmann

Wormser Zeitung
29. 08. 1995